

# ANDREAS OTTO

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

HELMHOLTZPLATZ • FALKPLATZ • ARNIMPLATZ



Wahlkreisinfo Frühjahr 2017



OTTO-DIREKT.DE

Foto: Rainer Kurzeiler

## Liebe Leserin, lieber Leser,

im Herbst 2016 haben Sie mich im Wahlkreis Pankow 6 mit 36,5%, das waren 8.357 Stimmen, zum dritten Mal direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Herzlichen Dank für dieses Vertrauen!

Das Wahlziel, die große Koalition des Stillstands in Berlin zu beenden, haben

wir erreicht. Das starke bündnisgrüne Ergebnis in Prenzlauer Berg und Pankow hat dazu beigetragen, dass die erste Regierungsbeteiligung seit vielen Jahren für uns möglich wurde und Berlin jetzt rot-rot-grün regiert wird.

Für mich verbindet sich damit insbesondere, dass mehr Umweltschutz in

die Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Energiepolitik kommt.

Der Regierungsbildung vorangegangen sind lange Wochen intensiver Verhandlungen, an denen ich insbesondere bau- und wohnungspolitisch mitwirken konnte. Dass der Start der Koalition insgesamt etwas holperig war, hat viele Gründe. Einer liegt darin, dass drei Parteien einfach unter-

schiedliche Ziele, Arbeitsweisen und Personen haben.

Mehrere Sofortmaßnahmen hat die Koalition aber bereits umgesetzt. So wurde die planmäßige Mieterhöhung im Sozialen Wohnungsbau zum ersten April ausgesetzt. Dadurch wollen wir Zeit gewinnen für Lösungen, die passgenau bedürftige Haushalte unterstützen. Zudem haben wir den Preis für das Sozialticket im Berliner Nahverkehr von jetzt 36 auf 27,50 Euro deutlich abgesenkt. Das ist umweltverträgliche Mobilität mit sozialem Anspruch.

Dass der Aufsichtsrat des Flughafens BER nun doch nicht mit Experten besetzt wird, erschwert die dringend notwendige Fertigstellung dieser teuren Dauerbaustelle und die Lärm-Entlastung von Pankow unnötig. Ob eine Eröffnung des Flughafens im Jahr 2018 tatsächlich stattfinden kann, werden die nächsten Monate erweisen müssen.

In der bündnisgrünen Fraktion bin ich auch weiterhin für Baupolitik zuständig und arbeite als Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen mit. Als Sprecher für Berlin-Brandenburg fallen neuerdings alle Angelegenheiten rund um die Metropolregion in mein Aufgabengebiet.

Im Parlament leite ich den Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie Medien. Als Bundesland bekommen wir nicht nur Geld aus Brüssel, sondern wollen gerade mit unserer Geschichte der Teilung einen Beitrag zum friedlichen Miteinander in der EU leisten.

In dieser Info möchte ich Ihnen Einblicke in meine Arbeit geben und über verschiedene Themen berichten. Mit Fokus auf die landeseigenen Wohnungsbauunternehmen berichte ich Ihnen, was wir in der Bau- und Wohnungspolitik vorhaben, welche Akzente wir setzen. In einem Gastbeitrag äußert sich Staatssekretär Kirchner dazu, was sich in der Verkehrs- und Radpolitik in Berlin ändern wird. Außerdem schreibe ich über den Vorgang um Staatssekretär Holm und was wir daraus lernen können.

Sehr gern bin ich auch weiterhin Ihr Ansprechpartner hier im Prenzlauer Berg. Melden Sie sich einfach in meinem Wahlkreisbüro oder direkt bei mir.

Wenn Sie mehr über meine tägliche Arbeit wissen wollen, folgen Sie mir auf Twitter oder Facebook. Oder wir sehen uns demnächst vor Ort – vielleicht auf der Schönhäuser Allee?

Bis bald – Ihr

Andreas

Otto

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## WOHN RAUM FÜR ALLE

### Wir werden immer mehr

Zehn Jahre habe ich die Wohnungspolitik des Senats aus der Opposition heraus kritisiert, bemängelt, angetrieben. Nun endlich konnte ich für Bündnis 90/Die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen das Thema Wohnen koordinieren und mitgestalten. Das Ergebnis: eine Politik, die eine gemischte Stadt und lebendige Quartiere mit ökologischem und sozialem Anspruch zum Ziel hat.

Um jährlich über 40.000 Menschen ist die Berliner Bevölkerung in den letzten Jahren gewachsen. Es herrscht Wohnungsmangel, vor allem bei preiswerten Wohnungen. Die Menschen rücken gezwungenermaßen zusammen, der bisherige Wohnungsneubau reicht bei Weitem nicht aus. Niemand weiß, wie die Entwicklung langfristig weiter gehen wird. Für die nächsten Jahre weisen die Prognosen weiter nach oben. Der weltweite Trend, in die Großstädte zu ziehen, die Attraktivität der Hauptstadt als Wirtschafts-, als Kulturstandort, als Lebensraum, die geflüchteten Menschen, die wir zeitweise oder dauerhaft aufnehmen werden – all das macht eine neue Stadtplanung und Baupolitik notwendig. Es werden mehr Wohnungen benötigt und der vorhandene Wohnraum muss besser genutzt werden. Wo neue Quartiere entstehen, sind natürlich auch Kitas, Schulen, Sozialeinrichtungen und Flächen für Gewerbe, Büros und andere Arbeitsplätze erforderlich.

### Ökologisch und sozial gerecht

Wir wollen den Energieverbrauch senken und Giftstoffe, wie z.B. Asbest, aus vorhandenen Gebäuden entfernen. Neue Häuser müssen modernsten Standards

# Wende in der Wohnungspolitik

der Nachhaltigkeit genügen. Plusenergiehäuser, recyclingfähige Baumaterialien und mehr Pflanzenwuchs an Gebäuden und auf Grundstücken sind unsere Ziele. Und diese müssen so umgesetzt werden, dass auch Haushalte mit wenig Einkommen die Wohnkosten bezahlen können. Aus diesem Grund wird die Förderung des Wohnungsneubaus erweitert und die Modernisierung von Wohnhäusern nach Hamburger Vorbild gefördert. Dadurch wird versucht, überbelegte Modernisierungen mit Verdrängung von MieterInnen weitgehend zu vermeiden.

Über die Hälfte der Haushalte Berlins kann aufgrund vergleichsweise niedrigen Einkommens einen Wohnberechtigungsschein erhalten. Damit Berechtigte auch eine entsprechend preiswerte Wohnung finden können, wird der Bestand der landeseigenen Wohnungsunternehmen bis zum Jahr 2025 auf 400.000 Wohnungen durch Neubau und Ankauf erhöht. Wohnungen für Familien sowie kleine Wohnungen stehen beim Neubau dabei im Fokus. Durch intelligente Grundrisse soll die Wohnfläche pro Kopf niedriger werden. Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen stehen ebenso im Fokus. Auch

bei privaten Bauvorhaben soll es günstige Wohnungen mit Belegungsbindungen geben, in der Regel mindestens 30%; sofern entsprechende private Bauvorhaben auf Grundstücken des Landes Berlin stattfinden, wird das im Rahmen von Pacht- oder Kaufverträgen geregelt.

### Eine neue Liegenschaftspolitik

Die Liegenschaftspolitik Berlins der letzten 15 Jahre bestand überwiegend im Veräußern von landeseigenen Grundstücken. Der Bestand an bebaubaren Grundstücken, über den der Senat und die Bezirke verfügen können, ist deutlich zurückgegangen. Wir wollen, dass Vergaben stärker nach Konzepten im Rahmen von Erbbaurechten erfolgen. Dabei sollen für den Wohnungsbau auch Baugruppen und sozial orientierte Wohnungsunternehmen zum Zuge kommen. Eine Eigentümermischung gewährleistet in der Regel auch eine soziale Mischung.

Im Bezirk Pankow sind mehrere neue Quartiere geplant, unter anderem in Blankenburg Süd und an der Michelangelostraße, die als ökologisch-soziales Modellquartier für ökologischen Neubau, Nutzungsmischung und innovative

Mobilitätskonzepte entwickelt wird. Die Koalition will im Rahmen einer Bürgerbeteiligung solche größeren Vorhaben diskutieren und gemeinsam mit künftigen BewohnerInnen und der Nachbarschaft vorbereiten.

### Wer wohnt, soll bleiben (können)

In Berlin gibt es ca. 1,9 Mio. Wohnungen. Im Bestand geht es darum, dass Wohnungen auch tatsächlich für das dauerhafte Wohnen genutzt werden. Deshalb wollen wir die Nutzung von Wohnraum für Ferienappartements zurückdrängen. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird zukünftig eingeschränkt. Die Bildung von Wohneigentum soll vorrangig im Neubau ermöglicht werden. Über Vorkaufsrechte sollen mehr Häuser durch landeseigene Gesellschaften oder Genossenschaften übernommen werden, um die Bewohnerschaft vor Verdrängung zu schützen.

Im geförderten Wohnungsbau, der auch in Prenzlauer Berg in den 90er Jahren ein paar Spuren hinterlassen hat, sind aufgrund der exorbitanten Bau- und Finanzierungskosten die Mieten heute zum Teil bereits stark überhöht, in Einzelfällen bei 15 Euro pro Quadratmeter. Durch eine Reform des Sozialmietrechts soll dem Einhalt geboten und eine soziale Richtsatzmiete eingeführt werden. Ebenso wird der Mietanstieg bei GEWOBA und GESOBAU gedämpft, auch die teuren Modernisierungsumlagen werden gekappt. Dadurch erwarten wir in der Folge einen langsameren Anstieg im Berliner Mietspiegel – das kommt allen MieterInnen zugute.

All diese Vorhaben bedürfen einer guten Vorbereitung und sollen nach und nach umgesetzt werden. Ich halte Sie darüber auf dem Laufenden und stehe natürlich für Anregungen und Fragen gerne zur Verfügung.



Grüner Wohnen.

Foto: Dennis Probst

# Aufarbeitung und Aussöhnung Stasi-Vergangenheit trifft Wohnungspolitik

Eine Koalition ist ein bisschen wie eine Wohngemeinschaft. Am Anfang wird alles besprochen und verabredet, aber relativ schnell können unerwartete Probleme auftauchen. Wer diese Anfangshürden meistert, sollte für die fünfjährige Legislatur gestählt sein und sich fortan auf das Wesentliche konzentrieren. Berlin hat genug Probleme, die zu lösen sind.

Im Falle der rot-rot-grünen Koalition tauchte ein solches Problem in der Person des im Dezember 2016 von der Senatorin für Stadtentwicklung benannten Staatssekretärs für Wohnen, Herrn Holm, auf. Als Jugendlicher hatte er sich zur Mitarbeit bei der DDR-Geheimpolizei, dem Ministerium für Staatssicherheit, verpflichtet. Seine Ausbildung als hauptamtlicher Stasioffizier begann im September 1989, als das Massaker vom Tiananmen-Platz bereits geschehen war und SED-Funktionär Egon Krenz den Pe-

kingen Machthabern ausdrücklich Beifall gezollt hatte.

All das ist lange her. Trotzdem reicht die DDR-Vergangenheit in die Gegenwart hinein. Unrecht bleibt im kollektiven Gedächtnis haften. Viele Opfer und Benachteiligte der Diktatur sind noch am Leben. Wer politischer Häftling war, wer kein Abitur oder Studium machen durfte oder wer seine Verwandten im Westteil der Stadt wegen Mauer und Todesstreifen jahrelang nicht sehen konnte, trägt diese Geschichte möglicherweise auch 2017 noch mit sich herum. Für Menschen, die erst nach 1989 geboren wurden, sind solche tief sitzenden Verletzungen oder Traumata oft nicht nachvollziehbar, manchen auch unwichtig. Zur Geschichte Berlins und zum gemeinsamen Leben in dieser Stadt gehören sie aber trotzdem. Das ist der Hintergrund, vor dem die Berufung eines ehemals hauptamt-

lichen Mitarbeiters der Staatssicherheit als Staatssekretär diskutiert wird. Dabei zählt natürlich mit, dass Herr Holm im jugendlichen Alter war. Der lange Zeitraum seither spielt eine Rolle. Allerdings eben auch und besonders, dass er bei seiner Anstellung an der Humboldt-Universität „objektiv falsche Angaben hinsichtlich meiner Tätigkeit für das MfS“ gemacht hat, wie es in seiner Erklärung vom 9.2.2017 heißt.

Im Bundesland Thüringen mit dem Ministerpräsidenten Ramelow (Die Linke) wäre ein solcher Vorgang nicht möglich, weil Regierungsämter grundsätzlich nicht mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit besetzt werden. Eine ähnliche Vorgehensweise hätte dem neuen Berliner Senat die Debatte erspart. Die Diskussion bis zum Rücktritt des Staatssekretärs offenbarte, dass die Stadtgesellschaft in puncto Aufarbeitung

der SED-Diktatur noch einiges zu tun hat. Klar ist für mich, dass die Bestellung des Staatssekretärs einfach zu unüberlegt und unvorbereitet geschah.

Belege dafür, dass die Linkspartei austesten wollte, wieweit hauptamtliche Stasileute hoffähig gemacht werden können, habe ich nicht gefunden. Ebenso ist die Behauptung, die Immobilienlobby hätte den Staatssekretär loswerden wollen, im Reich der Verschwörungstheorien anzusiedeln.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht beendet ist und ein Aussöhnungsprozess nottut. Die Koalition will sich diesem Vorhaben stellen. Am Anfang steht dabei der Dialog mit den Opfern. Und für die Wohnungspolitik haben wir einen Koalitionsvertrag, der sehr ambitioniert ist. Den gilt es umzusetzen.



# Berlin wird Fahrradhauptstadt



Von Jens-Holger Kichner,  
Staatssekretär für Verkehr.

In Berlin sind immer mehr Menschen mit dem Rad unterwegs. Straßen und Radwege sind jedoch nicht in einem Zustand, der sicheres und angenehmes Radfahren ermöglicht. Deswegen hat die rot-rot-grüne Koalition beschlossen, in dieser Legislaturperiode massiv in den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zu investieren. Für die Umsetzung planen wir ein Radgesetz, das als Teil eines umfassenden Mobilitätsgesetzes gestaltet werden soll. Neben dem Radverkehr werden der Fußverkehr, der ÖPNV und weitere Themen nachhaltiger Mobilität darin ihren Platz finden.

## Bündnis für den Radverkehr

Der Teil Radverkehr wird vorgezogen, da mit dem Volksentscheid Fahrrad dieses Thema eine enorme Dynamik bekommen hat. Zur Erarbeitung des Gesetzes beginnen wir jetzt einen „Dialog Radgesetz“ mit der Initiative Volksentscheid Fahrrad und weiteren Verbänden, den Koalitionsfraktionen und der Senatsverwaltung. Neben dem Radgesetz planen wir ein Bündnis für den Radverkehr gemeinsam mit den Bezirken, den Leitungsbetrieben und weiteren Akteuren, die an der Umsetzung einer guten Fahrradinfrastruktur beteiligt sind. Denn nur wenn in Zukunft alle an einem Strang ziehen, können wir die vielen Projekte auch zügig umsetzen.

## Sicher und gerecht

Bessere Radverkehrsinfrastruktur bietet mehr Sicherheit, größere Schnelligkeit und Komfort für alle VerkehrsteilnehmerInnen in Berlin. Insbesondere die gerechtere und sicherere Aufteilung des Straßenraums löst Konflikte zwischen Autos, Rädern und dem Fußverkehr. Das hilft allen und ist die Basis für moderne Mobilität, die ermöglicht, dass alle BerlinerInnen sicher von A nach B kommen.

Bereits heute ist der Anteil des Radverkehrs innerhalb des Berliner S-Bahnrings mit mehr als 18 Prozent größer als der des Autoverkehrs. In manchen Stadtteilen besitzt weniger als ein Fünftel der Bevölkerung ein eigenes Auto. Berlin hat daher die besten Voraussetzungen, Vorreiterin für moderne und nachhaltige Mobilität zu werden. Das Fahrrad nimmt dabei eine wichtige Rolle ein: es ist flexibel, schnell, günstig und hält darüber hinaus gesund.

Um noch mehr Menschen zu motivieren, auf das Fahrrad umzusteigen, brauchen wir eine Infrastruktur, die für alle Menschen, von 8 bis 80 Jahren, sicher und komfortabel befahrbar ist. Diese Infrastruktur besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen, die wir mithilfe des Radgesetzes und des Bündnisses für den Radverkehr zügig umsetzen werden.

## Radverkehrsinfrastruktur ausbauen

Wir wollen das bestehende Haupt- und

Ergänzungsroutennetz weiterentwickeln und ausbauen. Fahrradstraßen bieten Routen abseits der Hauptverkehrsstraßen, ohne viel Lärm und Gestank, mit genügend Platz, um auch zu zweit nebeneinander fahren oder stressfrei überholen zu können. Auf Hauptverkehrsstraßen brauchen wir breite und komfortable Radverkehrsanlagen mit einer Breite von



Foto: Dennis Probst

mindestens zwei Metern, damit auch langsame FahrerInnen oder etwa Eltern mit Kinderanhänger gefahrlos überholt werden können. Die Strategie Fahrradparken wird eine große Anzahl sicherer und komfortabler Abstellanlagen sicherstellen. Dazu zählt auch der Bau von Fahrradparkhäusern an ÖPNV-Knotenpunkten.

Radschnellwege bieten schnelle und

komfortable Verbindungen, vor allem für Pendler aus den Außenbezirken in die Innenstadt. Aktuell werden verschiedene Strecken auf ihre Machbarkeit untersucht, mit dem Bau von 2-3 Radschnellwegen werden wir beginnen.

Viele Berliner Kreuzungen sind eine besondere Gefahrenstelle für RadfahrerInnen. Der Umbau gefährlicher Kreuzungen hat daher für uns Priorität und wir haben schon in das 100-Tage-Programm des Senats den Umbau von drei unfallträchtigen Kreuzungen aufgenommen.

## Mehr Geld für den Radverkehr

Durch das gute Verhandlungsergebnis im Koalitionsvertrag hat diese Regierung deutlich mehr Geld für den Radverkehr zur Verfügung als alle vorherigen. Schon in den Nachtragshaushalt sind 10 Millionen Euro zusätzlich eingestellt worden, in den nächsten zwei Jahren werden es zusätzliche 91 Millionen Euro sein. Und auch beim Personal bewegt sich viel: 10 zusätzliche Stellen sind durch den Nachtragshaushalt für die Senatsverwaltung vorgesehen, 24 Stellen für die Bezirke und darüber hinaus wird auch noch eine landeseigene Gesellschaft, die Infra Velo, gegründet.

Die Voraussetzungen sind also geschaffen. Wir können und wollen jetzt schnellstmöglich mit der Umsetzung beginnen. Eine gute Zusammenarbeit mit den Bezirken ist dafür essentiell. Damit Berlin endlich Hauptstadt auch beim Radverkehr wird!

## Verkehrswende vor Ort

### Sicheres Radfahren vom Thälmannpark zum Gesundbrunnen

#### Mehr Fahrradstraßen in Pankow

In Pankow soll es bald mehr Fahrradstraßen geben. Als Teil eines Fahrradrueten-Netzes wird auch die Stargarder Straße als Fahrradstraße ausgewiesen werden. Parallel zur nördlichen Ringbahn soll unter Einbeziehung der Gleim- und der Rügener Straße eine neue Verbindung entstehen, die sicheres Fahrradfahren vom Gesundbrunnen bis zum Planetarium möglich macht. Gekreuzt werden soll die Stargarder Straße zukünftig von einer in Nord-Süd-

Richtung verlaufenden Fahrradstraße von der Wisbyer Straße bis zum Senefelderplatz (via Kollwitzplatz). Angedacht ist auch, die neuen Routen an die bestehende Fahrradstraße in der Schwedter Straße anzuknüpfen.

#### Neuaufteilung des Verkehrsraums

Weder sind im Straßenzug Gleim- und Stargarder Straße bauliche Sperrungen geplant, noch ist vorgesehen den Gleimtunnel für den motorisierten Individualverkehr zu sperren. Die Gleimstraße

wird eine wichtige Verbindung zwischen Ost und West bleiben. Zusätzliche Schilder, wie z. B. „Anlieger frei“ oder „Kfz frei“, ließen dies weiterhin zu. Auch die Stellplätze im Gleimtunnel sollen erhalten bleiben.

Fahradstraße heißt eben nicht autofrei. Es geht um die Neuaufteilung des öffentlichen Verkehrsraums. Eine gerechtere Verteilung – mit Vorrang für die vorherrschende Verkehrsart. Eine Fahrradstraße trägt dem steigenden Fahrradverkehr Rechnung und stärkt die pedalisierten VerkehrsteilnehmerInnen im Straßenverkehr. Fahrradstraße, das heißt, dass RadlerInnen auch nebeneinander fahren dürfen und AutofahrerInnen auf den Radverkehr entsprechend Rücksicht nehmen müssen. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt für alle 30 km/h.

#### Umsetzung braucht Zeit

Einen konkreten Zeithorizont, ab wann der Fahrradstraßenplan umgesetzt wird, gibt es derzeit noch nicht, denn es bleibt noch viel zu tun. Zu prüfen ist, welche Effekte für die jeweiligen Seitenstraßen oder für den Wirtschaftsverkehr zu erwarten sind und wie eine alternative Verkehrsführung zu gestalten ist. Auch

hinsichtlich der Entwidmung als Hauptverkehrsstraße bleibt noch viel Vorarbeit zu leisten. Ebenso müssen die Anteile der einzelnen Verkehrsträger vor der Anordnung abgewogen werden.

#### Mehr Sicherheit für alle

Klar ist, dass der Straßenzug bereits jetzt stark von RadfahrerInnen genutzt wird. Hauptsächlich durch den Velo-Alltagsverkehr. Aber auch, weil dieser Teil der Radroute Nordspange TR2 des Berliner Fahrradruetenhauptnetzes ist.

Die Anordnung als Fahrradstraße wird dem gerecht werden und die Verkehrssicherheit verbessern.

Foto: Dennis Probst



Fahrradstraße Choriner Straße in Prenzlauer Berg

#### » IMPRESSUM

ViSdP: Andreas Otto, MdA

Redaktion: Dennis Probst

Layout: Dennis Probst,

Constanze Siedenburg

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, Feb 2017

Auflage: 25.000

# Wahlkreisbüro

## In Prenzlauer Berg vor Ort

Mein Wahlkreisbüro befindet sich in der Raumerstraße 24. Es liegt im Erdgeschoss und ist barrierefrei zugänglich.

Bürgerinnen und Bürger aus den Gebieten Arnimplatz, Falkplatz und Helmholtzplatz, aber auch aus anderen Gegenden Pankows haben hier einen regelmäßigen Anlaufpunkt für Anliegen, Anregungen, Fragen und Beschwerden zu kommunalen und landespolitischen Themen.

Meine Mitarbeiter Dennis Probst und Mathias Kraatz sind für Sie zu folgenden Zeiten vor Ort:

Montag	17:00 bis 19:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	15:00 bis 17:00 Uhr

Einmal im Monat montags von 17:00 bis 18:30 Uhr erreichen Sie mich persönlich im Wahlkreisbüro.

Die jeweiligen Termine finden Sie unter [otto-direkt.de/info/buergersprechstunde](http://otto-direkt.de/info/buergersprechstunde) oder als Aushang am Büro.

Sie können natürlich spontan vorbeikommen. Damit Sie jedoch nicht warten müssen, bitte ich Sie vorher um eine Voranmeldung per Telefon +49 30 23252445 oder E-Mail: [andreas.otto@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:andreas.otto@gruene-fraktion-berlin.de)

In dringenden Fällen erreichen Sie mich oder meine Mitarbeiter auch außerhalb der Sprechzeiten im Wahlkreisbüro. Zur Terminabsprache melden Sie sich bitte unter der oben angegebenen Telefonnummer oder E-Mail-Adresse.

# Quiz

Wo im Wahlkreis steht diese Statue?

Begleiten Sie mich einen Tag bei der Arbeit im Abgeordnetenhaus. Wenn Sie einen Blick hinter die politischen Kulissen Berlins werfen möchten, mailen Sie bis zum 31. März den Standort der Statue an [andreas.otto@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:andreas.otto@gruene-fraktion-berlin.de). Der/die GewinnerIn wird unter allen richtigen Einsendungen gelost.



Fotos: Dennis Probst

## Ihr Abgeordneter für Prenzlauer Berg



Mein Büro im Abgeordnetenhaus



Besuch aus dem Wahlkreis



Diskussionsrunde zum Thema »Barrierefreies Wohnen«

Fotos: Dennis Probst

### » BIO

Ich wollte nie Politiker werden. Doch dann kam die friedliche Revolution und ich merkte:

**Demokratie passiert nicht von allein.**

- 2016** erneut direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt
  - baupolitischer Sprecher
  - Sprecher für Berlin und Brandenburg
  - Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Bundesangelegenheiten, Medien
  - Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen
- 2006** direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus
- +2011** im Wahlkreis Pankow 6 gewählt
- 1993** Geschäftsführer der
- 2006** Robert-Havemann-Gesellschaft
- 1990** Bezirksverordnetenversammlung
- 2006** Prenzlauer Berg (später Pankow), Fraktionsvorsitzender
- 1990** Mitglied der Grünen Partei der DDR
- 1989** friedlicher Revolutionär
- 1985** Studium der Elektrotechnik in Berlin-Lichtenberg, Arbeit als Konstrukteur
- 1983** Wehrersatzdienst als Bausoldat
- 1978** Lehre und Arbeit als Elektriker in Bernau
- 1962** geboren in der schönen Uckermark

### FAMILIE UND FREIZEIT

Seit über 30 Jahren lebe ich mit meiner Frau in Prenzlauer Berg und habe zwei mittlerweile erwachsene Kinder. Sehr gern mache ich Musik und singe im Gospelchor „Joyful Singers“.

### » KONTAKT

**TELEFON:**  
030 2325-2445

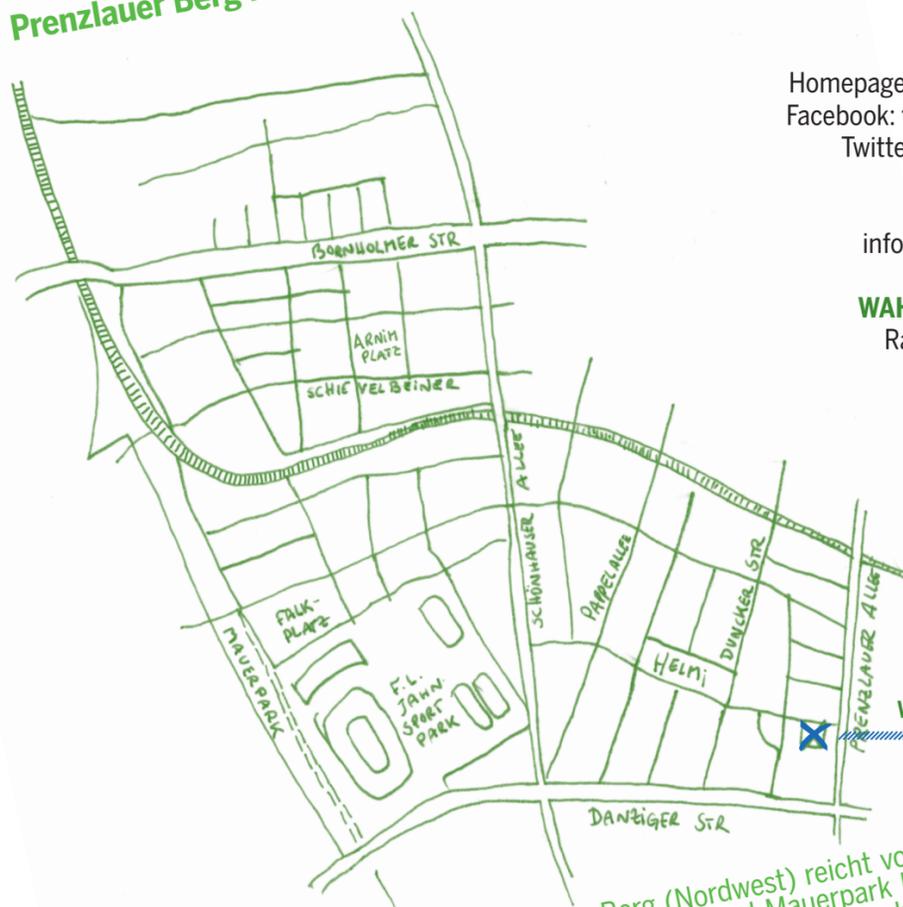
**WEB:**  
Homepage: [otto-direkt.de](http://otto-direkt.de)  
Facebook: [fp.andreas.otto](https://www.facebook.com/fp.andreas.otto)  
Twitter: [@otto\\_direkt](https://twitter.com/otto_direkt)

**E-MAIL:**  
[info@otto-direkt.de](mailto:info@otto-direkt.de)

**WAHLKREISBÜRO:**  
Raumerstraße 24  
10437 Berlin

## WAHLKREIS 6

### Prenzlauer Berg Nordwest



Der Wahlkreis Prenzlauer Berg (Nordwest) reicht vom Helmholtzkiez, über den Falkplatz und Mauerpark bis hin zum Arnimplatz und endet oberhalb der Bornholmer Straße an der Esplanade.

**WAHLKREISBÜRO**